

WirtschaftsBlatt

ÖSTERREICHS TAGESZEITUNG FÜR WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Der Logistikhub Lateinamerikas: Panama macht sich für Schiffsriesen fit.

9



SERBIEN

Milliarden für die Energie

Serbien will für seinen Energiesektor zehn Milliarden € in die Hand nehmen und sucht dafür Investoren. Zwei Milliarden sollen bis 2020 in erneuerbare Energien fließen. Anreize gibt es für Investoren noch nicht genügend, doch die Projekte sind bereit. 8

JUNIORBLATT

Verhandeln ist billiger als streiken

In Griechenland geht gar nichts mehr: Ein Generalstreik lähmt das Land. Streiks sind nicht nur für die betroffenen Unternehmen ein großer Schaden. Österreich hat eine bessere Methode gefunden, die Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu lösen. 19

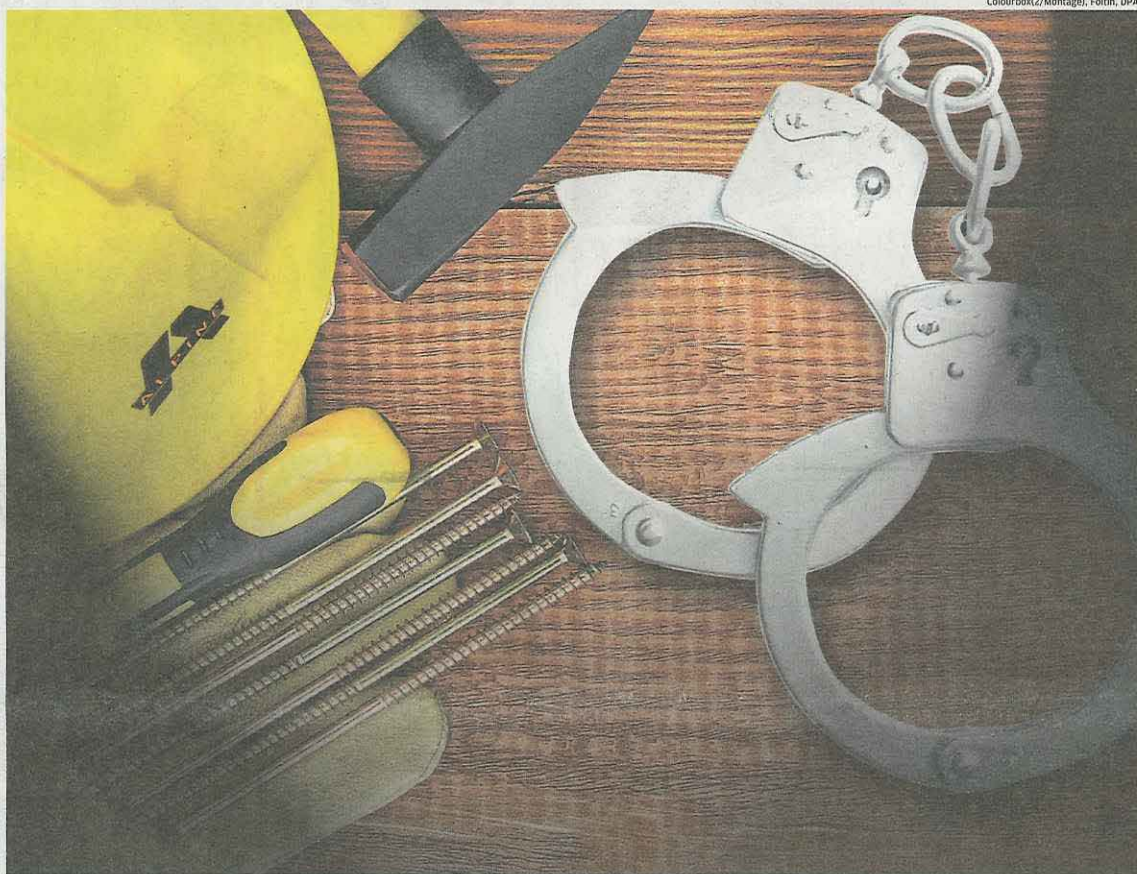
TOURISMUS

Seebühne belebt die Wirtschaft



Die Umwegrentabilität der heute startenden Bregenzer Festspiele ist enorm: Laut Studie bringt das kulturelle Ereignis bis zu 174 Millionen € ein. 10

Krida: Erste Anzeige nach Alpine-Bankrott



Bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ist am Dienstag in der **Causa Alpine** die erste Strafanzeige eingelangt. Sie dreht sich um den Vorwurf der betrügerischen Krida sowie eine Strafnorm nach dem GmbH-Gesetz.

Hinter der Anzeige steht der Wiener Anlegeranwalt Eric Breiteneder, der auch geschädigte Anleiheninhaber vertritt. Laut der dem WirtschaftsBlatt vorliegenden Anzeige wird vorrangig zwei spanischen Managern sowie drei Österreichern vorgeworfen,

CAUSA ALPINE

dass sie nach der Anleiheemission 2012 Zahlen geschönt dargestellt haben sollen – den Schwerpunkt der Vorwürfe macht der in der Öffentlichkeit erst später bekannt gewordene Verkauf des „Filetstücks“ des Konzerns, der Alpine-Energie,

aus. Gläubigern würden hier Millionen vorenthalten, so der Vorwurf. Bei der Alpine hingegen verweist man darauf, dass das nur ein Teil der Restrukturierung war – und man stellt in Aussicht, dass der Insolvenzmasse dadurch Geld zufließen könne. 3

RATINGS

Realwirtschaft bleibt gelassen

Moody's hat die Bewertung der Bank Austria auf „Baal“ gesenkt – eine „rein technische Konsequenz“, so die Ratingagentur. Kreditversicherer, Anwälte und Banker reagieren gelassen: Die Einstufungen hätten kaum mehr Gewicht. 4

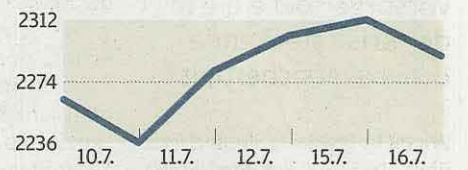
INTERVIEW

„Glaube nicht an magere Jahre“

Vienna-Insurance-Group-Chef **Peter Hagen** sieht in CEE weitere Wachstumschancen – auch mithilfe von Zukäufen. Das Hochwasser hat den Konzern mit bis zu 200 Millionen € brutto



ATX -0,96% 2290,36



DAX	-0,41%	8201,05
FTSE	-0,45%	6556,35
Stoxx 50	-0,78%	2665,61
Nikkei	0,64%	14599,12
Euro vs. US-\$	0,69%	1,3140
Brent-Öl	0,00%	109,09

EMERGING MARKETS

Mexiko beschließt riesiges Investitionsprogramm

Erst kamen die marktwirtschaftlichen Reformen und jetzt kommt das Geld: 242 Milliarden € sollen bis 2018 fließen. 9

FINANZEN & BÖRSE

Skandinavische Banken überzeugen die Märkte

Nordeuropas Finanzinstitute beeindruckten mit stabilen Quartalszahlen. Die Finanzkrise ist kaum ein Thema. 11

Ausgaben für Arbeitslose um 20 Prozent gesunken

Die Arbeitslosen-Unterstützung hat sich in der Krise bewährt, sagt die OECD. Trotzdem wird jetzt gespart. 12

Was sie nicht umbringt, macht sie stärker

Der Lufthansa ist durch den Einsatz von Germanwings eine taktische Meisterleistung im Tiefpreissegment gelungen. 13

Hagel: So hoch sind die Prämien und Schäden 2013

2013 wurden der Hagelversicherung bisher 12.600 Fälle gemeldet. Pro Hektar Mais zahlen die Bauern circa 14 € Prämie. 15

STEUERBLATT

Förderreigen für Lehrlinge und Kleinunternehmen

Für Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, gibt es eine Reihe von finanziellen Unterstützungsmaßnahmen. 18

ONLINE

Das Geschäft mit ungeliebten Mails

Spam wird als Vertriebsweg für gefälschte Medikamente, Luxuswaren und Software verwendet. Der Schaden für die Wirtschaft ist enorm.



wirtschaftsblatt.at

KRIDA-VERDACHT



Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft bestätigt Anzeige gegen Alpine-Manager

Strafanzeige nach Pleite der Alpine

Verdacht der betrügerischen Krida und Falschinformierung durch das Management: Bei der WKStA ist nun die erste Anzeige nach dem Alpine-Debakel eingelangt.

WIEN. Die Pleite der spanisch-österreichischen Alpine könnte ein strafrechtliches Nachspiel haben. **Anwalt Eric Breiteneder, Mitglied des International Financial Litigation Network**, hat am Dienstag bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) Anzeige gegen fünf Manager (vorrangig zwei Spanier, drei Österreicher) erstattet. Eine Kanzlei in Spanien wurde eingeschaltet. Anzeigen werden dort „wenn nötig“ eingebracht.

Die Vorwürfe betreffen betrügerische Krida und eine Strafnorm des GmbH-Gesetzes (Strafraumen: ein Jahr Haft, § 122 GmbHG), die falsche Auskünfte an die Öffentlichkeit sanktioniert. 6000 Anleiheninhaber sind betroffen. Die vorliegende Anzeige umfasst zwei Kernpunkte:

Erstens: der Fall Alpine-Energie. Die Alpine-Tochter galt als Schmuckstück. Erst rund zwei Monate nach ihrer Übertragung kam ans Licht, dass sich die Alpine-Mutter

FCC die Alpine-Energie gesichert hatte. Die Tochter war am 29. März übertragen worden. „Sämtliche Aktien der Alpine-Energie Holding AG wurden möglicherweise ohne entsprechenden Gegenwert an die Bvefdomintaena Beteiligungsverwaltung GmbH überlassen. Ein kolportierter Kaufpreis von einem Euro ist jedenfalls keine auch nur annähernd wirtschaftlich adäquate Gegenleistung“, steht in der Anzeige. Laut Anleihebedingungen wäre Anlegern hier ein sofortiges Kündigungsrecht zugestanden. Noch in der Bilanz 2011 habe laut Anzeige die Energie-Tochter einen Wert von 80 Millionen € gehabt, tatsächlich wurde er mit 100 Millionen € beziffert. Dem steht ein Zuschuss von 75 Millionen € an die Alpine-Bau gegenüber. Allein die Differenz zum wahren Wert legt laut Anzeige aber nahe, dass zig Millionen € Gläubigern vorenthalten worden wären. Weiters sei der Deal ohne Ad-hoc-Meldung abgelaufen. Während Anfang des Jahres über einen Verkauf spekuliert wurde, hieß es im Mai per OTS: „Die Assets sind noch da.“ In einer OTS vom 6. Juni ist die Rede davon, dass sich der Verkauf der Alpine-Energie – der schon erfolgt war – „verzögere“.

Der zweite Punkt der Anzeige ist die letzte Anleihe-Begebung. Im Mai 2012 wur-

de die letzte Anleihe emittiert. Am 1. August wurden die Zahlen zum 30. Juni veröffentlicht. Alles schien rosig: Die Forderungen seien gestiegen, Verbindlichkeiten gesunken, hieß es. Am 20. September kam der KPMG-Prüfbericht. Dieser zeichnete ein desaströses Bild: 138 Millionen € negatives Eigenkapital und Wertberichtigungen von 400 Millionen €. Erst vier Tage nach einem Medienbericht reagierte man ad hoc. Der Vorwurf: Die Alpine habe schon länger von der Misere gewusst, die Bilanz „sei möglicherweise falsch“ (so die Anzeige) gewesen.

Inter-Company-Loan

Bei der Alpine herrscht gedrückte Stimmung. Die Universale ging an Bahnbau Wels. Laut Stellungnahme ist die Alpine-Energie-Transaktion in Zusammenhang mit Finanzierungen im Frühjahr zu sehen, da BA und Erste abwinkten. FCC stellte 35, ein deutscher Fonds namens „Apollo“ 40 Millionen € bereit. Es sei geplant, dass bei einem späteren Verkauf ein Erlös über 75 Millionen € der Masse zufließe. Die Alpine-Energie hat bei der -Bau noch einen Inter-Company-Loan von über 100 Millionen € offen: Daher habe die Masse noch Zugriff auf die Alpine-Energie.

OLIVER JAINDL

oliver.jaindl@wirtschaftsblatt.at

VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Konzipienten erringen Sieg bei Pensionsfrage

WIEN. Im Streit um Zahlungen für die Altersvorsorge von Konzipienten muss die Rechtsanwaltskammer Wien (RAK) einen schweren Schlag hinnehmen. In einem aktuellen Erkenntnis (G 31/2013) kippt der Verfassungsgerichtshof (VfGH) eine Regelung in der Rechtsanwaltsordnung, wonach Rechtsanwaltsanwärtern bei Kammerbeschlüssen ge-

Jahr 2010 bei einer Plenarsitzung ein Antrag abgelehnt, mit dem eine Gruppe von Konzipienten die Aufteilung der Pensionsbeiträge zwischen Rechtsanwälten und -anwärtern erreichen wollte. Letztere tragen die Kosten zur Gänze, so die Kritik.

Enorme Tragweite

Rechtsanwalt und Beschwer-

Zukunft ein volles Stimmrecht zusteht und alle seit 2010 getroffenen Beschlüsse der RAK verfassungswidrig sind. Die Geschäftsordnungen, auf deren Grundlage alle Beschlüsse gefasst wurden, seien unter Anwendung der verfassungswidrigen Regelung beschlossen worden. „Ich kann mir nicht vorstellen, wie man das aus der Welt schafft“, sagt

AFFÄRE

Auftakt für U-Ausschuss zu Kärntner Seenverkauf

KLAGENFURT/WIEN. Heute, Mittwoch, findet in Klagenfurt der Untersuchungsausschuss zum umstrittenen Verkauf von Maltschacher See, Hafnersee und einer Ferienanlage am Ossiacher See von ÖGB und Bawag an das Land Kärnten im Jahr 2007 unter Landeshauptmann Jörg Haider statt. Laut Rechnungshof war nicht nur der Kaufpreis von 44 Millionen € um zehn bis zwölf Millionen € zu hoch, zudem lag die Maklerprovision mit 3,5 Prozent über dem gesetzlichen Limit von drei Prozent. Käufer und Verkäufer gründeten für den Deal eigene Gesellschaften. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt in der Sache.

Geladene Promis

In den U-Ausschuss geladen ist eine Reihe prominenter verantwortlicher Landespolitiker von BZÖ/FPK, SPÖ und ÖVP: Ob Gerhard Dörfler, Uwe Scheuch, Wolfgang Schantl, Reinhard Rohr, Gaby Schaunig und Josef Martinz erscheinen werden, stand gestern noch nicht fest. Den Vorsitz des Ausschusses hat Barbara Lesjak von den Grünen.

Wirtschaftlich betrachtet war die Transaktion für das Land jedenfalls alles andere als ein Erfolg: So wurde beispielsweise die vom Rechnungshof als sehr optimistisch eingestufte Pacht von zwei Millionen € jährlich auch nie eingenommen; ab 2011 betrug sie 650.000 €. Ein Versuch, die Realitäten im Jahr 2010 wieder zu veräu-



Auch eine ehemalige ÖGB-Liegenschaft am Ossiacher See wurde vom Land zu überhöhtem Preis gekauft

ßern, scheiterte. In der Folge musste das Land Kärnten fast 28,6 Millionen € abschreiben.

„Inklusive Finanzierungsaufwand könnten die Transaktionskosten im schlimmsten Fall 74 Millionen € betragen, wodurch dem Land Kärnten ein immens hoher Schaden zugefügt worden sein könnte“, sagt Grünen-Landesrat Rolf Holub, der der WKStA eine umfangreiche Sachverhaltsdarstellung zur Causa übermittelt hat.

Verflechtungen

Auch mögliche Verflechtungen zwischen der Verkäuferin, Verpächterin bzw. der beauftragten Immobilienmaklergesellschaft Aucon, dem ÖGB und der SPÖ könnten im Zusammenhang mit der Höhe des Honorars Schmiergeldzahlungen vermuten lassen, heißt es in der Sachverhaltsdarstellung. Es könnte insofern der Frage der Begünstigten des über-

zogenen Honorars im Aucon-Firmengeflecht nachgegangen werden.

Auffällig erscheine etwa, dass die Aucon im Jahr der Transaktion gegründet und gemäß Jahresabschlussprüfung 2008 unter dem Posten Rechts- und Beratungsaufwand ein Betrag von 761.000 € als Aufwand ausgewiesen wurde sowie als einzige Einnahmen offensichtlich die Erträge aus dem Seendeal von 1,5 Millionen € verbucht wurden.

Nachdem um den Fahrplan für den U-Ausschuss wegen der Nationalratswahl am 29. September bislang heftig gestritten wurde, soll es jetzt im September doch zwei bis drei weitere Sitzungen geben. Dann sollen neben dem Prüfungsleiter des Rechnungshofs Ex-ÖGB-Funktionäre wie Clemens Schneider und Rudolf Hundstorfer sowie Haider's damaliger Büroleiter, Harald Dobernick, aussagen. (gf)

BANKGEHEIMNIS

Schweizer Steuervertrag bringt viel weniger Geld

BRÜSSEL. Rund eine Milliarde € hätte Österreichs Finanzministerin Maria Fekter gerne aus einem Steuerabkommen mit der Schweiz lukriert. Doch ein Präzedenzfall macht diese Höhe unwahrscheinlich: Nur circa ein Zehntel der erwarteten Erträge wird Großbritannien aus der (anonymen) Abgeltungssteuer erhalten, mit der bisher unbesteuerter Bankguthaben britischer Anleger (Altlasten) in der Schweiz belastet werden sollen.

Weniger als 800 Millionen Franken (646 Millionen €) würden es, schätzt die Schweizer Bankiersvereinigung. London hatte sechs bis zehn Milliarden Franken (4,8 bis acht Milliarden €) erwartet. Doch die Höhe der betroffenen Einlagen habe sich als niedriger herausgestellt. Die meisten hätten zudem die Offenlegung ihrer Konten bevorzugt, weil der internationale Trend ohnehin in

te die Bankiersvereinigung mit. Über Liechtenstein sei das für Briten in der Regel deutlich günstiger als die Abgeltungssteuer.

Das deutet auf einen Rückschlag für ein sehr ähnliches Abgeltungssteuerabkommen hin, das Österreich mit der Schweiz abgeschlossen hat. Fekter erwartete, dass daraus gut eine Milliarde € für österreichische Altlasten auf Schweizer Konten in die hei-

mische Staatskassa fließt. Im Finanzministerium heißt es, dass die wahre Höhe der Einnahmen noch nicht bekannt sei. Zwar könne man die britischen Verhältnisse nicht einfach auf Österreich übertragen. Doch auch hier gab es statt der anonymen Steuer Hunderte (strafbefreiende) Selbstanzeigen.

Überholtes Konzept

Fekters Linie wird dadurch geschwächt: Keinen Datenfriedhof, sondern Cash wolle sie von den Schweizern, hatte sie gegen den automatischen Info-Tausch und für die Abgeltungssteuer von 15 bis 38 Prozent des bisher unbesteuerten Kapitals je nach dessen Höhe argumentiert.

Die scheint als Konzept aber überholt, seit ein entsprechendes Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland im Bundestag gescheitert war und Luxemburg in Folge den Übergang

